

Antrag

der Abgeordneten Klaus Ernst, Volker Schneider (Saarbrücken), Dr. Barbara Höll, Dr. Lothar Bisky, Dr. Martina Bunge, Diana Golze, Katja Kipping, Elke Reinke, Dr. Ilja Seifert, Frank Spieth, Jörn Wunderlich und der Fraktion DIE LINKE.

Arbeitslosengeld I in der Krise befristet auf 24 Monate verlängern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Ab diesem Sommer werden die Arbeitslosenzahlen rasant steigen, prognostiziert das Institut für Makroökonomie. Noch ist die Weltwirtschaftskrise nicht voll am Arbeitsmarkt spürbar. Angesichts eines Exportrückgangs um rund 30 Prozent und der Nachfrageschwäche am Binnenmarkt ist Schlimmeres zu erwarten. Angesichts der Krise hat die Verkürzung des Arbeitslosengeldes auf zwölf Monate dramatische Konsequenzen. Hunderttausende Menschen werden in diesem Jahr ihren Job verlieren. Nach einer kurzen Dauer des Arbeitslosengeldbezugs steht die Auflösung des Lebenswerks an: Veräußerung der Ersparnisse und von nicht geschütztem Eigentum wie Lebensversicherungen. Nachdem die Menschen sich arm gelebt haben, stehen sie vor dem sozialen Abstiegsleiter Hartz IV.

In der größten Krise seit 80 Jahren muss die Arbeitslosenversicherung einen Schutzschirm für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer spannen. Das begrenzt Verunsicherung und soziale Härten und stabilisiert die Binnennachfrage.

Die Bundesregierung hat durch die Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent auf aktuell 2,8 Prozent den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit massiv reduziert. Gleichzeitig hat die Bundesregierung seit 2006 die traditionelle Defizithaftung der Bundesregierung durch ein rückzahlbares Darlehen ersetzt. Angesichts eines rechnerischen Defizits der Bundesagentur für Arbeit in Höhe von 55 Mrd. Euro bis 2013 ist klar, dass eine Rückzahlung nicht realistisch ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I umgehend für die Dauer von zwei Jahren für alle Anspruchsberechtigten auf einheitlich 24 Monate auszuweiten;
2. die Finanzbasis der Bundesagentur für Arbeit nachhaltig zu stärken; insbesondere die 2006 abgeschaffte Defizithaftung des Bundes wieder einzuführen.

Berlin, den 17. Juni 2009

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

